

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 79 (1985)
Heft: 4-5

Artikel: Zur schweizerischen Aussenpolitik gegenüber Zentralamerika. 1., Zentralamerika und die schweizerische Neutralitätspolitik ; 2., Zentralamerika und die wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz ; 3., Zentralamerika und gesamteuropäisches Denken ; 4., Zent...

Autor: Braunschweig, Hansjörg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143190>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

El Salvador. Morgen vielleicht Guatemala, die Philippinen.

Die Tatsache, dass Ausbeutung, Unterdrückung, Fremdbestimmung in einzelnen Ländern in bestimmten Phasen überwunden werden können, weckt gewaltige Hoffnungen in Europa, wo es zu vergleichbaren historischen Brüchen nicht mehr kommt. Die Chance, neu beginnen zu können, weckt Hoffnungen auf den Aufbau einer «neuen Gesellschaft», auf einen «neuen Menschen», auf die «Revolution der Bleistifte», die «Revolution der Zärtlichkeit». Damit aber wird die betreffende Gesellschaft unter einen enormen Druck gesetzt, unmögliche Erwartungen zu erfüllen.

Heroisierung und unkritische Solidarität verfälschen die Wirklichkeit und machen gleichgültig gegenüber Fakten. Soll man die Sandinisten kritisieren dürfen, wenn Somoza so viel schlimmer war und Nicaragua heute von der Grossmacht USA direkt bedrängt wird? Heroisierung und unkritische Solidarität sind

auf lange Sicht kontraproduktiv für beide Seiten, für Nicaragua und für die Solidaritätsbewegungen in Europa.

Den Sandinisten wird mit einer unkritischen Haltung eine sehr wesentliche Freiheit verweigert, nämlich die Freiheit, selber Fehler zu begehen und selber schuldig zu werden.

Mit der Heroisierung wird auch die Enttäuschung, die Gleichgültigkeit und Verbitterung in Europa vorprogrammiert. Wieviele ehemalige Castro-Schwärmer begegnen heute Kuba mit tiefsten Ressentiments und einer Haltung des Hasses, die Castro und Kuba durchaus nicht verdienen. Unkritische Solidarität zerstört die Solidarität von morgen. Solidarität mit einer heldenhaften Guerilla ist sehr leicht. Aber wo bleibt die Solidarität, wenn der ehemalige Guerillero in einem Büro ein Spital oder das Abfuhrwesen verwalten muss, wenn Nicaragua in einem völlig unheroischen, bürokratischen Alltag die mühsame Aufgabe an die Hand nehmen muss, einen Staat aufzubauen?

Hansjörg Braunschweig

Zur schweizerischen Aussenpolitik gegenüber Zentralamerika

1. Zentralamerika und die schweizerische Neutralitätspolitik

Für mich ist die Neutralitätspolitik keine Schranke, weil ich sie als ein Mittel im Dienste der Solidarität verstehe. Ich betone dies, weil viele in der Schweiz die Solidarität der Neutralitätspolitik unterordnen. Demgegenüber sehe ich die Neutralitätspolitik im Dienste der nicht-militärischen Konfliktlösungen oder der Gerechtigkeit, die auch Freiheit, Menschlichkeit, Selbstbestimmung, Berücksichtigung der Minderheiten einschliesst. Es ist beides denkbar: dass man in einem Konflikt keine Stellung ein-

nimmt, um für die Vermittlung bereit zu sein, oder dass man ausdrücklich Stellung bezieht.

Der Fall, wo die Schweiz ausdrücklich Stellung beziehen muss, liegt im Konflikt um Zentralamerika vor, weil es hier um eine Auseinandersetzung zwischen kleinen, geschwächten Staaten und einer Weltmacht, weil es um eine Auseinandersetzung zwischen der Ersten und der Dritten Welt geht, weil wir feststellen müssen, dass die Verantwortung für die Konfliktsituation einseitig bei den Vereinigten Staaten liegt, und schliesslich, weil die USA immer wieder versuchen, sozia-

le und wirtschaftliche Probleme militärisch zu lösen (als ob sie durch ihre Niederlage in Vietnam rein gar nichts erfahren und gelernt hätten!).

Deshalb muss im Falle Zentralamerikas nicht nur eine Stellungnahme möglichst vieler Schweizerinnen und Schweizer, sondern auch der offiziellen Schweiz erfolgen. Ihr stehen weder Neutralitätsrecht (das nur im Kriegsfall gilt) noch Neutralitätspolitik entgegen.

Dazu eine Frage: Neutralität gibt vielen, nicht nur älteren Leuten ein Gefühl von Geborgenheit und Wärme: Neutralität hat es schon immer gegeben, und Neutralität führt zu Hemmungen (als ob sie angeboren wären!), selber Stellung zu nehmen oder dies von einer Behörde zu verlangen. Wie kommen wir mit derart gehemmten und zurückhaltenden Menschen ins Gespräch, die ihre Meinung stark gefühlsmässig bilden? Häufig sprechen sie von der «bewaffneten Neutralität» – womit sie gleichzeitig Ideologie und Gefühl ausdrücken, verbunden mit dem Glauben an die Armee, in und mit der viele sich nicht gerade sicher, aber doch geborgen fühlen. Wir werden in den nächsten Monaten eine Diskussion über den UNO-Beitritt haben – da können wir üben, mit Leuten zu «diskutieren», die ihre Meinung nicht argumentativ, sondern gefühlsmässig bilden.

2. Zentralamerika und die wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz

Folgerichtig vertrete ich die Auffassung, dass auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und anderen Ländern im Dienste der internationalen Zusammenarbeit stehen und nicht nur von Profit und Gewinn ausgehen sollten. Diese Forderung stellt sich vor allem an uns selber, an unsere eigene Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, eine Sicht, die von der bürgerlichen Schweiz energisch zurückgewiesen wird. Vor allem sagen Behörden oder Vertreter der Privat-

wirtschaft übereinstimmend, unser System lasse keine Einflussnahme auf die Privatwirtschaft zu, oder anders ausgedrückt: Wo die Privatwirtschaft anfängt (und sie fängt an vielen Orten an!), hört der demokratische Bereich auf.

Für uns stellen sich Fragen, wenn wirtschaftliche Beziehungen den Menschenrechten, der Umweltschutzpolitik oder arbeitnehmerfreundlichen Bestrebungen nicht widersprechen dürfen. Wie halten wir es mit unsern Interessen, wie legitim sind sie, wenn es um die eigenen Arbeitsplätze, um den eigenen Lebensstandard oder um andere Vorteile geht? Es wäre fragwürdig, politische Grundsätze auf Kosten einzelner Betroffener durchzusetzen. Auch in diesem internen Bereich, zwischen Gruppen, Branchen, Betrieben und Arbeitnehmern, müsste Solidarität geübt werden. Im Falle Zentralamerikas ist die Frage weniger wichtig, denn die wirtschaftlichen Beziehungen sind nicht von grosser Bedeutung, wie Untersuchungen anlässlich der letzten Zentralamerika-Konferenz ergeben haben.

Konkret müssen wir indessen fordern, ausdrücklich auf Kriegsmaterialexporte nach Zentralamerika zu verzichten, ebenso auf Nuklearexporte dorthin (wir wissen nie, ob diese nicht aktuell werden können) und auf die Unterstützung gross-technologischer Entwicklungsprojekte.

An dieser Stelle müssen wir die vor kurzem erfolgte Reise von Bundesrat Pierre Aubert in einige zentralamerikanische Staaten erwähnen. Grundsätzlich beurteile ich diese Reise sehr positiv, denn sie ist leider bei der weitverbreiteten nationalistischen und isolationistischen Mentalität in der Schweiz keine Selbstverständlichkeit. Sie setzt sogar für einen Aussenminister Mut voraus. Aubert hat zudem einige Möglichkeiten der Vermittlung vorbereitet oder spontan ergriffen. Das wird ihm gutgeschrieben, solange diese Vermittlung erfolgreich ist. Wenn sie ihm aber misslingt, werden ihm Vorwürfe gemacht, zum Beispiel:

«Mischt Euch nicht in fremde Händel!» (bekannter Kernsatz der Schweizergeschichte). Gerade in einem solchen Moment müssten wir eigentlich zu Aubert (oder zu einer andern Person, die sich engagiert, das heisst etwas wagt und deswegen angefochten ist) stehen, denn viele Schweizer haben Angst vor dem Wagnis und sind so zurückhaltend, weil etwas schiefgehen könnte. Wer vermittelt, kann sich auch blamieren, und im diplomatischen Bereich ist das besonders schwerwiegend.

Aber auch bei Bundesrat Aubert hat es eine Vertretung eigener Interessen gegeben, und zwar in sehr einseitiger Weise. Deshalb habe ich die Frage gestellt, wieweit wir die Vertretung eigener Interessen als legitim betrachten und wo sie aufhören, legitim zu sein.

3. Zentralamerika und gesamteuropäisches Denken

Es ist nach unserer Meinung selbstverständlich, dass die Schweiz die Contadorgruppe, ihre Pläne und weitere Schritte soweit wie möglich unterstützen und dass sie gegen verbale und tatsächliche, direkte und indirekte Interventionen der Vereinigten Staaten Stellung nehmen soll.

Aber unser Land ist ein Kleinstaat – mindestens politisch. Wie bedeutungsvoll ist da eine Stellungnahme, weltweit gesehen oder auf Zentralamerika bezogen? Ich halte es für wichtig, dass wir die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Staaten mehr als bisher ergreifen. Dabei denke ich ganz besonders an eine Zusammenarbeit mit neutralen Staaten in Europa und vielleicht auch ausserhalb Europas. Davon spricht man viel, aber in der Praxis tut man wenig. Wenn der Bundesrat in einer aussenpolitischen Angelegenheit eine Erklärung abgibt (was heute häufiger, aber immer noch zu einseitig vorkommt), werden diese Erklärungen nicht mit andern neutralen Staaten abgesprochen. Ich fände

es auch richtig, wenn das Reiseprogramm eines Bundesrates oder Verhandlungspositionen in Konferenzen mit anderen Staaten abgesprochen würden. Bei der KSZE-Konferenz ist dies teilweise geschehen, aber nicht auf der ganzen Linie. Manchmal müsste die Schweiz von ihrer eigenen, allzu schweizerischen Position etwas abrücken und andere neutrale Vorschläge und Ideen akzeptieren, weil sie in einer bestimmten Situation besser oder mutiger sind. Die Schweiz ist nicht das auserwählte Volk Gottes!

Mir scheint es wichtig zu sein, dass die Schweiz sich innerhalb Europas vor allem gegenüber den Vereinigten Staaten für mehr europäische Eigenständigkeit einsetzt. Es gibt in jüngster Zeit viele entsprechende politische, wirtschaftliche, kulturelle, auch militärische Tendenzen in einzelnen Staaten, Staatengruppen, im Europarat und in der Europäischen Gemeinschaft.

Eine weitere Möglichkeit: Sehr aktiv war in den letzten Monaten in Zentralamerika die Sozialistische Internationale, vor allem ihre vom spanischen Ministerpräsidenten geleitete Kommission. Die Schweiz hätte die Möglichkeit, sich in ähnlicher Weise mehr zu engagieren. Unser Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) müsste allerdings ausgebaut werden, und zwar mit Beamten und Diplomaten, die nicht nur verwalten und eigene wirtschaftliche Interessen vertreten, sondern sich auch für diese Form der Solidarität einsetzen wollen. Vorerst scheitern solche Absichten allein schon an den Krediten und am Personalstopp, und beide sind Ausdruck der gesetzten Prioritäten. Diese Hindernisse für eine gerechtigkeits- und friedensaktive Aussenpolitik sind nicht Zufall, sondern Folge des schweizerischen Nationalismus und unserer einseitig gewinnorientierten Exportwirtschaft. Gerade auch von diesem Aspekt her ist für uns das gesamteuropäische Denken so wichtig.

4. Zentralamerika, der West-Ost-Konflikt und die Rüstungsspirale

Auf der anderen Seite müssten osteuropäische Länder mit kommunistischem Gesellschaftssystem ermutigt werden, eine eigenständige Politik gegenüber der Sowjetunion anzustreben. Als Folge dieser beidseitigen Entwicklungen wäre eine engere Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa denkbar und wünschbar. Obwohl diese Sicht nur eine langfristige Perspektive sein kann, sollten wir tagespolitische Überlegungen und Entscheide darauf ausrichten. Dabei denke ich nicht zuletzt an den schlimmen Fall einer amerikanischen Invasion. Wie reagieren wir dann – wir Konferenzteilnehmer, wir als einzelne, wir als Gruppe oder wir als Mitglieder z.B. einer Partei oder einer Gewerkschaft?

Eine weitere Frage stellt sich: Die wirtschaftlichen Probleme Zentralamerikas sind direkt und indirekt mit der weltweiten Rüstungsspirale eng verknüpft. Wir in Europa und erst recht die Vereinigten Staaten brauchen einen zu hohen Anteil des Budgets für die Rüstungsausgaben, was zu Geldmangel und Staatsverschuldung führt und die Zinssätze in die Höhe treibt. Die Leidtragenden sind in erster Linie die Staaten der Dritten Welt, unter ihnen besonders die süd- und zentralamerikanischen Staaten. Als Folge der riesigen Zinslasten wird zu wenig investiert, und das führt zu Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit. Die Konsequenzen sind bekannt: Die Lücken in der Nahrungsmittelversorgung, im Gesundheits- und Bildungswesen können nicht geschlossen werden, und die gerechtfertigte Unzufriedenheit wird mit Polizei- und Militärgewalt (und mit Hilfe der USA, die das soziale Elend wesentlich mitverschuldet haben) niedergewalzt! Im gleichen Sinne wirkt sich die Tätigkeit des Internationalen Währungsfonds aus, der die Empfängerstaaten (und das sind nicht nur die Staaten Süd- und Zentralamerikas, sondern der ge-

samten Dritten Welt und auch Europas) finanziell und wirtschaftlich unter einen unerhört starken Druck setzt und sie zu sozialen und wirtschaftlichen Massnahmen zwingt, die unverantwortlich und unmenschlich sind und oft nur mit Gewaltanwendung durchgesetzt werden können. Entsteht berechtigter Widerstand, so wird dieser von Kommunisten oder ausländischen Einflüssen oder einer unbeliebten Minderheit – Juden, Palästinensern, Kurden, Schwarzen etc. – angeleitet. Der gegenwärtige Präsident der USA ist ein Meister in solchen Beschuldigungen. Wenn es uns gelingt, nur einen Schritt für Rüstungsbeschränkung zu tun, leisten wir auch einen Beitrag zugunsten von mehr wirtschaftlicher Gerechtigkeit zwischen der Dritten, der Ersten und der Zweiten Welt.

5. Zentralamerika, Entwicklungszusammenarbeit und Umweltschutz

Selbstverständlich sprechen wir der Entwicklungszusammenarbeit das Wort. Projekte aus dem Bereich der Gesundheit, der Bildung, der Landwirtschaft und der Kooperativen bedürfen in Nicaragua in besonderer Weise der Unterstützung, ebenso ist die Katastrophenhilfe als vorübergehende Massnahme gerechtfertigt, wenn ich an die Notlage der Kinder denke. Konkret sollte die Schweiz einen Beitrag zur Verbesserung der Zahlungsbilanz in Nicaragua leisten. Die Tatsache ist bekannt, dass ein Zahlungsbilanzdefizit von 800 Millionen Dollar die wirtschaftliche Entwicklung Nicaraguas enorm beeinträchtigt.

Schliesslich müssen wir auch die ökologischen Fragen vermehrt als bisher in eine Aussenpolitik der internationalen Solidarität und der Interdependenz (wechselseitige Abhängigkeit der Staaten voneinander) einbeziehen. Umweltschutz und Umweltgestaltung als Teil der schweizerischen Aussenpolitik sind relativ neu und in unserem Bewusstsein zu wenig verankert. Bis heute lassen wir die

Abfallprodukte von Kernkraftwerken ins Meer ablagern, und den Fluglärm unserer Militärflugzeuge exportieren wir neuerdings nach Sardinien.

6. Zentralamerika: Was tun wir dort und . . . hier?

Wir sollten wissen, was wir zu tun haben – ganz konkret und jede /jeder an ihrem/ seinem Ort.

Beispiele habe ich erwähnt: Gegen Kriegsmaterial- und Nuklearexporte. Hinzu kommt die aktive Stellungnahme gegen die zunehmende Ausländer- und Flüchtlingsfeindlichkeit in der Schweiz. Wer Ausländern und Flüchtlingen mit Vorurteilen begegnet, hat auch Vorurteile gegen ihre Herkunftsländer.

Denken wir ebenfalls an die Basisorganisationen auf dem Gebiete der Dritten Welt, der Menschlichkeit und des Friedens, die konkrete Einsatzmöglichkeiten und Mitarbeit für einzelne anbieten! Vor allem erinnere ich an Organisationen und Hilfswerke, die sich direkt mit Zentralamerika beschäftigen.

Eine Überlegung, die ich selber erst vor kurzer Zeit von einer deutschen Ka-

tholikin mitbekommen habe, ist mir abschliessend von grosser Wichtigkeit:

Wenn wir uns hier, in unserem eigenen Lande, für die gleichen Grundsätze einsetzen, von denen ich gesprochen habe, und wenn wir das auch im Hinblick auf Zentralamerika tun, dann ist das auch für Zentralamerika Beitrag und Hilfe. Wenn wir hier nichtmilitärische Konfliktlösungen suchen, ist das auch ein Hinweis auf mögliche Konfliktlösungen in Zentralamerika. Wenn wir uns für Gerechtigkeit und Demokratie in unserer Wirtschaft einsetzen, dann ist das auch ein Signal, wie wir die wirtschaftlichen Beziehungen zu Zentralamerika ausgestalten könnten. Wenn wir uns für Gewerkschaftsrechte einsetzen, gegen Berufsverbote oder für Zivilschutzverweigerer in der Schweiz, dann ist das auch bedeutsam für die Art und Weise, wie wir dort Freiheit, Verantwortung und Menschlichkeit verstehen. Und wenn wir hier ein Zeichen der Hoffnung setzen, dann erhöht es unsere Glaubwürdigkeit, wenn wir auch dort ein Zeichen der Hoffnung setzen möchten.



Resolution der Schweizer Konferenz für Frieden, Selbstbestimmung und Nicht-Intervention in Zentralamerika

Rund 250 Personen aus Politik, Gewerkschaften, Hilfswerken, Kirchen, Kultur und Wissenschaft haben sich am 1. Dezember 1984 in Bern zur «Schweizer Konferenz für Frieden, Selbstbestimmung und Nicht-Intervention in Zentralamerika» versammelt. Die Konferenz fand ihren Abschluss durch die Annahme der vorliegenden Resolution.

Die Konferenz:

- will einen Beitrag leisten zur Verbesserung der Information und der Kenntnisse über die grundlegenden Aspekte der Situation in Zentralamerika;
- ist bestürzt über die wiederholten und schweren Verletzungen der Menschenrechte, die arme und unterdrückte Bevölkerungsschichten erleiden müssen;
- verurteilt die gegenwärtige Politik der Regierung der USA in Zentralamerika und ist besorgt über die Gefahr einer direkten militärischen Intervention;
- erklärt, dass das Recht auf Selbstbestimmung der Völker Zentralamerikas absoluten Vorrang hat;

- will Verbindungen zu den Menschen und Gruppen in den USA herstellen, die sich vor allem in den Kirchen für die Selbstbestimmung der Völker und gegen die Politik ihrer Regierung in Zentralamerika aussprechen;
- ruft auf, zur Verbreiterung der schweizerischen Solidaritätsbewegung mit den Völkern Zentralamerikas beizutragen;
- betrachtet die Wahlen in Nicaragua vom 4. November 1984 als authentischen Prozess und demokratischen Ausdruck des Willens des nicaraguanischen Volkes;
- unterstützt die Bemühungen der Contadora-Staaten und den zuletzt vorgelegten Friedensentwurf sowie den Dialog zwischen der salvadorianischen Regierung und der Opposition FDR/FMLN;
- verlangt, dass der Bundesrat, das Parlament, die Kirchen und die Gewerkschaften in ihrer Politik und in ihren Stellungnahmen zu Zentralamerika die Notwendigkeit in Zukunft stärker betonen, die Menschenrechte und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung zu achten;
- verlangt vom Bundesrat die Verurteilung der Intervention in Zentralamerika, ferner Zahlungsbilanzhilfe für Nicaragua zu gewähren;